



Rostock, den 06. Dezember 2021

PRESSEMITTEILUNG

CDU/UFR: Mauerbau am Stadthafen völlig absurd - Stadtverwaltung muss mit der Landesbehörde umgehend neue Variante erarbeiten

Die Berichterstattung am Wochenende in den lokalen Medien zum geplanten Mauerbau am Stadthafen als Maßnahme des Hochwasserschutzes dürften die allermeisten Rostockerinnen und Rostocker als schlechten Witz aufgefasst haben. Dem scheint nicht so zu sein, die Landesbehörde habe von der Stadt keine Signale einer veränderten Variante erhalten. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der CDU/UFR-Bürgerschaftsfraktion Daniel Peters:

„Sollte es tatsächlich so sein, dass die Stadtverwaltung die Planungen des Landes unwidersprochen hat stehen lassen, obwohl die Landesbehörde sich sehr wohl für andere Varianten offen gezeigt hat, ist für uns der Spaß endgültig vorbei. An der Stelle reden wir dann von Verantwortungslosigkeit und Ignoranz gegenüber der Entwicklung der Stadt. Das muss dann Folgen haben. Unsere Fraktion wird Akteneinsicht beantragen, um die Hintergründe genau zu erfahren.

Nach unseren Recherchen habe sich das Land offen gezeigt und auch eine Variante des erforderlichen Hochwasserschutzes in Form der Mauer hinter der ‚Restaurantmeile‘ akzeptiert. Gerade vor dem Hintergrund der BUGA und der Entwicklungspläne des Stadthafens sei dieser Umstand miteinander im Zusammenhang zu betrachten. Jetzt scheint das alles völlig gegeneinander zu laufen und der Stadthafen wird unfreiwillig zum Erinnerungsort des DDR-Mauerbaus. Das muss verhindert werden und die Verwaltung ist umgehend aufgefordert, mit dem Land eine neuerliche Variante zu erarbeiten“, so Peters abschließend.